

Anlage 1

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

20. Januar 2016

Thema:

Sicherheitskonzept für die Innenstadt

Anfrage

- A.** Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über Antanzdelikte, Diebstähle, Taschendiebstähle und verbale Attacken auf Kunden. Vor allem in den Abendstunden und bei Veranstaltungen mit größerem Menschaufkommen wird eine stärkere Präsenz von Polizei und KOD gefordert. Diese Problematik ist der Verwaltung sicher bekannt und wie reagiert man von Seiten der Stadt auf diese Forderungen?
- B.** Immer häufiger hört man den Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“. Gibt es ein solches und wenn ja, wie sieht es aus und wo kann man sich darüber informieren?
- C.** Welche Maßnahmen sind geplant oder wurden schon umgesetzt, um das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt wieder zu erhöhen?
- D.** Erste Bürgervereine organisieren runde Tische zum Thema Sicherheit. Das Bündnis „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“ hält Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen ab. Die Verwaltung schickt zwar zu Bürgerversammlungen der Stadtteile Referenten zum Thema Sicherheit, aber nicht zu Veranstaltungen der „Allianz für mehr Sicherheit“. Warum wird hier unterschieden?

Sachverhalt / Begründung:

Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen, innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über Antanzdelikte, Diebstähle, Taschendiebstähle und verbale Attacken auf Kunden. Sie fürchten Umsatzeinbußen und Kundenabwanderungen. Der Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“ wird immer lauter!

Unterzeichnet von:

Stefan Schmitt – Stadtrat parteilos
Jürgen Wenzel – Stadtrat Freie Wähler

STELLUNGNAHME zur gemeinsamen Anfrage	Gremium:	22. Plenarsitzung Gemeinderat
Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (FW)	Termin:	22.03.2016
vom: 20.01.2016 eingegangen: 20.01.2016	Vorlage Nr.:	2016/0016
	TOP:	22
	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 2
Sicherheitskonzept für die Innenstadt		

- A. Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über „Antanzdelikte“, Diebstähle, Taschendiebstähle, Überfälle und verbale Attacken auf Kunden. Vor allem in den Abendstunden und bei Veranstaltungen mit größerem Menschaufkommen wird eine stärkere Präsenz von Polizei und KOD gefordert. Diese Problematik ist der Verwaltung sicher bekannt und wie reagiert man von Seiten der Stadt auf diese Forderungen?**

Die geschilderte Problematik ist der Verwaltung bekannt. Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung werden selbstverständlich ernst genommen und bei der Einsatzplanung des Kommunalen Ordnungsdienstes ebenso berücksichtigt, wie bei der Erarbeitung neuer Maßnahmen. Auch das Ergebnis des 3. Sachstandsberichtes zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Karlsruhe fließt hierbei mit ein.

Darüber hinaus wird dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung auch durch entsprechende anlassbezogene Maßnahmen der Sicherheitsbehörden entsprochen. So zum Beispiel im Zusammenhang mit den diesjährigen Faschingsumzügen. In einer intensiven Abstimmung mit allen mit Sicherheitsaufgaben betrauten Dienststellen wurde das bestehende Sicherheitskonzept erneut überarbeitet. Dass dieses erfolgreich war, zeigte die abschließende Bilanz.

- B. Immer häufiger hört man den Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“. Gibt es ein solches und wenn ja, wie sieht es aus und wo kann man sich darüber informieren?**

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine sehr vielschichtige Aufgabe, deren Bewältigung sich kaum in einem einzigen Sicherheitskonzept für die Innenstadt abbilden ließe. Es sind vielmehr unterschiedliche Konzepte erforderlich, die auf die im jeweiligen Einzelfall bestehenden objektiven Umstände oder subjektiven Sorgen eingehen. So erfordern zum Beispiel Großveranstaltungen andere Maßnahmen als Geschehnisse, die nicht im Zusammenhang mit (Groß-)Veranstaltungen stehen.

Seitens der zuständigen Sicherheitsbehörden und -verantwortlichen wird anlassbezogen und aktuell auf die jeweiligen Anforderungen und Entwicklungen reagiert. Bestehende erfolgreiche Konzepte aus der Vergangenheit werden dabei berücksichtigt.

- C. Welche Maßnahmen sind geplant oder wurden schon umgesetzt, um das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt wieder zu erhöhen?**

Wie bereits erwähnt, richtet der Kommunale Ordnungsdienst seine Streifentätigkeit am Ergebnis der Sicherheitsumfrage aus und setzt entsprechende Prioritäten. So wurden im Jahr 2015 insgesamt 2924 Einsätze im Bereich Innenstadt-West und Innenstadt-Ost geleistet.

Davon fanden 1076 Einsätze an einem Freitag, Samstag oder Sonntag statt. 864 Einsätze erfolgten in der Zeit zwischen 18 Uhr und 2 Uhr.

Seitens des Polizeipräsidiums Karlsruhe werden an erkannten Brennpunkten mit uniformierten und zivilen Kräften konzeptionelle Einsatzmaßnahmen durchgeführt. Diese Einsatzmaßnahmen werden durch Kräfte des Polizeipräsidiums „Einsatz“ unterstützt.

Zwischen der Stadtverwaltung und dem Polizeipräsidium Karlsruhe gibt es eine enge Zusammenarbeit bei allen Themen, die die Sicherheit in unserer Stadt betreffen. So gibt es zum Beispiel für den Bereich der Innenstadt eine Konzeption mit dem Ziel der Verringerung von Auseinandersetzungen unter Alkoholeinfluss, die meist an den Wochenenden nachts geschehen. Es finden auch routinemäßig mehrmals jährlich Abstimmungsgespräche statt, die gegebenenfalls durch anlassbezogene Besprechungen ergänzt werden.

D. Erste Bürgervereine organisieren runde Tische zum Thema Sicherheit. Das Bündnis „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“ hält Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen ab. Die Verwaltung schickt zwar zu Bürgerversammlungen der Stadtteile Referenten zum Thema Sicherheit, aber nicht zu Veranstaltungen der „Allianz für mehr Sicherheit“. Warum wird hier unterschieden?

Die Bürgervereine sind die politisch neutralen Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Sie sind in vielen Belangen, nicht nur beim Thema Sicherheit, wichtige Ansprechpartner für die Stadtverwaltung. Aus diesem Grund ist eine Teilnahme von Referentinnen und Referenten der Verwaltung an Bürgerversammlungen seit vielen Jahren üblich.